



Innenausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

25. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gefährdungslage in NRW vor dem Hintergrund der Warnung des Bundesministers des Innern vor potenziellen terroristischen Angriffen** (TOP beantragt von der Fraktion Die Linke, s. Anlage) **5**

Bericht der Landesregierung

- 2 Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren** **8**

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/465

Der Ausschuss erzielt Einvernehmen, nachrichtlich an der vom Ausschuss für Kommunalpolitik geplanten Anhörung teilzunehmen.

- 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst in Nordrhein-Westfalen** 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/443

Diskussion

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Linken bei Enthaltung der Fraktion der CDU.

- 4 Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen den besonderen Schutz durch das Strafrecht** 13

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/211

Diskussion

Der Ausschuss verständigt sich als Termin für ein Expertengespräch auf den 10. Februar. Im Obleutegespräch am Rande des Plenums soll eine Verständigung auf die Zahl der Sachverständigen und die Personen erfolgen.

- 5 Überwachung der LINKEN NRW durch den Verfassungsschutz – Hält Innenminister Ralf Jäger die Beobachtung der LINKEN NRW durch den Verfassungsschutz in NRW für geboten und rechtmäßig? (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage)** 16

Bericht der Landesregierung

Diskussion

- 6 Wie werden Großveranstaltungen in NRW in Zukunft sicherer? (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage)** 25

Diskussion

Der Ausschuss verständigt sich auf eine schriftliche Berichterstattung (s. Vorlage 15/233).

7 Castor-Transporte I: Kölner Polizisten 20 Stunden ohne Essen (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **26**

Bericht der Landesregierung

Diskussion

Der abschließenden Erklärung der Vorsitzenden, der gesamte Ausschuss danke der Polizei und der Polizeiführung – Letzterer auch für das schnelle Handeln in Sachen „Vergütungsregelung“ und das Bemühen, bei weiteren Einsätzen die hier geschilderten Belastungen auszuschließen – für den besonderen Einsatz, wird aus dem Ausschuss heraus nicht widersprochen.

8 Castor-Transporte II: Die Aufforderung zum „Castor-Schottern“ – eine Straftat nach § 111 StGB (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **31**

Bericht der Landesregierung

Diskussion

9 Unnötige Castortransporte vermeiden – am Atomausstieg festhalten **34**

Antrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/253 – Neudruck

Bericht der Landesregierung

Nachfragen

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

10 Ausbau der Angebote von stadtfernen Jugendhilfeeinrichtungen mit Nachdruck fortsetzen **36**

Antrag

der Fraktion der FDP
Drucksache 15/479

Gegen den Vorschlag der Vorsitzende, der Landesregierung zwei bis drei Monate Zeit für die Erarbeitung eines Grobkonzeptes zu geben und es dann den Obleuten der drei beteiligten Ausschüsse vorzustellen, erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend sollte sich die Obleuterunde Gedanken über das weitere Verfahren machen.

11 Petition zur Versorgung der Beamten/Beamtenrecht 38

Vorlage 15/161

Bericht der Landesregierung

Diskussion

12 Herbstkonferenz der Innenminister am 18. und 19.11.2010 in Hamburg (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) 40

(s. auch Vorlage 15/202 mit Datum vom 26. November 2010)

Diskussion

Vorsitzende Monika Düker stellt anheim, die Beschlüsse der IMK nochmal in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn sich nach dem Studium der angekündigten Vorlage Beratungsbedarf ergäbe.

13 Verschiedenes 43

hier: Obleutegespräch

Der Ausschuss verständigt sich auf ein Obleutegespräch am Rande einer der nächsten Plenartage.

2 Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/465

(vom Plenum am 11. November 2010 federführend an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen)

Der Ausschuss erzielt Einvernehmen, nachrichtlich an der vom Ausschuss für Kommunalpolitik geplanten Anhörung teilzunehmen.

